

Zeitschrift: Verwaltungsbericht des Regierungsrates, der kantonalen Verwaltung und der Gerichtsbehörden für das Jahr ... = Rapport de gestion du Conseil-exécutif, de l'administration cantonale et des autorités judiciaires pendant l'année ...

Herausgeber: Staatskanzlei des Kantons Bern

Band: - (1997)

Heft: [1]: Verwaltungsbericht : Berichtsteil

Artikel: Tätigkeitsbericht des Ratssekretariates und des Grossratsrevisorates

Autor: Wissmann

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-544917>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

1. Tätigkeitsbericht des Ratssekretariates und des Grossratsrevisorates

1.1 Ratssekretariat

1.1.1 Schwerpunkte der Tätigkeit

Das Ratssekretariat unterstützt mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die drei Aufsichtskommissionen sowie – in Teilbereichen – die Ratsmitglieder und andere grossrätliche Organe. Rund 24 Dienstleistungen erbringt es dabei für die Kundinnen und Kunden. Einmal mehr ist seine Tätigkeit nicht nur bestimmt worden von den vorhersehbaren, ordentlichen Aufgaben. Auch in dem Berichtsjahr 1997 ist die Bewältigung ausserordentlicher Aufgaben und Geschäfte ebenso wichtig gewesen. Es sind heikle Geschäfte wie z.B. der Jahresbericht 1996 der Bedag-Informatik, die Haushaltsanierung oder der Bericht Krüger, strategische Berichte wie der Zwischenbericht zu NEF 2000, Spezialaufträge wie der Vollzug der Motion Widmer, Wanzwil, in Sachen Arbeitsvergebung des Kantons, Dossiers wie die Herausgabe lesefreundlicher Abstimmungserläuterungen die Auftraggeber wie Ratssekretariat in erheblichem Mass beschäftigt haben. Die Aufsichtskommissionen haben 1997 zur effizienteren parlamentarischen Behandlung von Ratsgeschäften beigetragen, indem sie diese anstelle der besonderen Kommissionen vorberaten haben. Damit haben sie gleichzeitig die Aufgaben von Legislativkommissionen erfüllt. Die Behandlung durch die drei Kommissionen ist aus Effizienzgründen sachgerecht, bedeutet aber jedesmal eine Mehrleistung für Kommission und Sekretariat.

Der Grosse Rat hat durch die Überweisung von drei Vorstössen aus den Reihen der Aufsichtskommissionen ein Nachdenken über den gesetzlichen Auftrag und die Stellung des Ratssekretariates ausgelöst.

Das Ratssekretariat verzeichnete im Berichtsjahr personelle Änderungen in den Bereichen Sekretariat GPK, Sekretariat FIKO, Grossratsrevisorat und Amtssekretariat. Ende November verliess Christian Moser nach 7½jähriger Tätigkeit als Sekretär der Geschäftsprüfungskommission das Ratssekretariat. Noch vor Jahresende konnte sein Nachfolger in der Person von Patrick Trees bestimmt werden. Die Aufgaben des Grossratsrevisors werden seit dem 1. Juni durch Konrad Graber wahrgenommen, der Rolf Fischer ersetzt hat. Das Sekretariat der FIKO wird seit dem 1. Oktober im Job-sharing durch Marianne Weber und Lorenz Wolfers betreut. Während der Sessionen unterstützt Josefine Hobi-Leban die Amtssekretärin in der Aufgabenerfüllung. Erstmals konnte ein Praktikant angestellt werden. Die Dienstleistungen des Ratssekretariates wurden im Berichtsjahr anderen Parlamenten vorgestellt. Der Amtsvorsteher war an der Gründung der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen beteiligt.

1.1.2 Kommissionensekretariate

1.1.2.1 Sekretariat der Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Die GPK behielt im Berichtsjahr ihren Aufgabenumfang bei, bzw. sie dehnte ihn nach der Verabschiedung des Kontrollkonzepts zur mittelbaren Verwaltung noch weiter aus. Durch die stagnierende Zahl von Direktionsgeschäften konnte sich die Kommission auf die fachlich anspruchsvolle Aufgabe der Oberaufsicht über Regierung und Kantonsverwaltung konzentrieren. Der Aufwand für das Sekretariat blieb unverändert hoch. Im Zentrum der Arbeiten stand

weiterhin die umfassende Betreuung der Kommissions- und Ausschussarbeiten. Schwerpunkte bildeten dabei die generelle Geschäftsführung der Kommission, die kommentierende und beratende Vorbereitung der Sitzungen von Plenum und Ausschüssen, die Sitzungsbegleitung (11 ganz- und 12 halbtägige Sitzungen des Kommissionsplenums, 63 traktandierete Sitzungen von Ausschüssen, zahlreiche Kurz Sitzungen von Ausschüssen mit einer Dauer von weniger als einer Stunde, 9 Besuche der Verwaltung, 7 Besuche bei NEF-Einheiten, insgesamt 103 traktandierete Anlässe), die daraus resultierenden Folgearbeiten, die Redaktion von Berichten der Kommission sowie die Abklärungsarbeiten in den verschiedensten Bereichen. Zusätzliche Schwerpunkte für das Sekretariat ausserhalb des *courant normal* stellten im Berichtsjahr, neben dem Projekt NEF 2000, die Vorevaluation zur Umsetzung der Motion Widmer betreffend Arbeitsvergebungen durch den Kanton und die vertiefte Auseinandersetzung mit der Problematik Bedag-Informatik dar. Die Vergabe von Protokollierungsarbeiten an Dritte konnte mit der Beschränkung des protokollierten Teils der Verwaltungsbesuche auf einen halben Tag in Grenzen gehalten werden. Für einzelne Dossiers konnte wiederum auf die Mithilfe anderer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ratssekretariats zurückgegriffen werden. Ab Oktober stand erstmals ein Praktikant assistierend zur Verfügung. Der bisherige Sekretär Christian Moser, der die Kommission seit dem Beginn ihres Bestehens im Juni 1990 begleitet hatte, beendete sein Engagement per Ende November. Bis zur Regelung der Nachfolge konnte eine ratssekretariatsinterne Übergangslösung gefunden werden.

1.1.2.2 Sekretariat der Finanzkommission (FIKO)

Die fachliche und administrative Betreuung der FIKO stand im Zentrum der Arbeiten des Sekretariates. Es galt, insgesamt 16 Plenumsitzungen sowie zahlreiche Ausschusssitzungen vorzubereiten, zu begleiten und nachzubereiten. Die aufwendigsten Arbeiten waren, wie in den Vorjahren, die Redaktion der Berichte der Finanzkommission zur Staatsrechnung sowie der zu den Abschlüssen der Kantonalbank und der Dezennium-Finanz AG einerseits sowie zum Budget und zum Finanzplan andererseits. Die Berichte wurden vom Sekretariat in enger Zusammenarbeit mit dem Grossratsrevisor erarbeitet. Die Zusammenarbeit sowohl mit dem abtretenden Grossratsrevisor wie auch mit dem seit Juni wirkenden neuen Grossratsrevisor gestaltete sich dabei als problemlos und konstruktiv.

Neben diesen erwähnten Geschäften gehört zum gesetzlichen Auftrag der Finanzkommission auch die Vorberatung der Nachkredite. Dabei hat sich sowohl für das Sekretariat wie auch in der Kommission verschiedentlich die Frage nach der Verhältnismässigkeit gestellt, verursachen doch selbst Bagatellkredite von nur wenigen tausend Franken einen vergleichsweise grossen Aufwand, sowohl für die Verwaltung wie auch für das Sekretariat und die Kommission. Daneben befasste sich die FIKO im Berichtsjahr mit einzelnen Direktionsgeschäften sowie mit zwei Geschäften, die eigentlich ins Aufgabenfeld von besonderen Kommissionen gehören. So war die FIKO vorberatende Kommission für das Sanierungsbeitragsgesetz. In diesem Zusammenhang organisierte das Sekretariat Anhörungen von Gemeindevertretern. Vorberaten wurde von der FIKO auch der Grossratsbeschluss über den Beitritt des Kantons Bern zur Interkantonalen Universitätsvereinbarung vom 20. Februar 1997.

Im Bereich ihrer Aufsichtstätigkeit befasste sich die FIKO neben der in dieser Frage federführenden GPK insbesondere mit den Entwicklungen rund um die BEDAG. Orientieren liess sich die Finanzkommission weiter über die Entwicklung und die Zukunftsaussichten bei den beiden staatlichen Pensionskassen. Sie stand in dieser Frage sowohl mit dem Regierungsrat wie auch mit den beiden Pensionskassen in direktem Kontakt.

Das Sekretariat war ebenfalls an den Vorarbeiten für die Wahl des neuen Grossratsrevisors mitbeteiligt. Die Wahl stand unter dem Vorzeichen zweier vom Grossen Rat im November 1996 überwiesenen Motionen von FIKO-Mitgliedern, welche die Abschaffung des Grossratsrevisorates verlangten. Sowohl das Sekretariat wie auch die Kommission hatten sich in diesem Zusammenhang im Berichtsjahr mehrfach mit der Neugestaltung der Finanzaufsicht im Kanton Bern zu befassen. Die FIKO machte zu Beginn des Jahres Vorschläge zum Verfahren für die Erarbeitung der Grundlagen für die Neue Finanzaufsicht, welche vom Regierungsrat weitgehend übernommen wurden. In der zweiten Jahreshälfte nahm die Kommission Stellung zu den ersten Ergebnissen des eingesetzten Projektausschusses. Der Sekretär der FIKO nahm zudem in der Projektgruppe Einsitz, welche die Grundlagen zuhanden des Gesamtprojektausschusses erarbeitete. Zweimal Stellung genommen hat die FIKO im Verlaufe des Berichtsjahres zum Projekt Parlamentseffizienz, einem anderen grossen Reformprojekt, welches unmittelbaren Einfluss auf die Finanzaufsicht hat. Die FIKO beschloss im Mai 1997 eine geringfügige Änderung ihrer Strukturen. So wurde die Zahl der Direktionsausschüsse von bisher sieben auf fünf reduziert. Die Arbeit des Sekretariates erfährt durch diese Reform kaum Veränderungen. Die Leitung des Sekretariates teilen sich seit Oktober der bisherige Sekretariatsleiter Lorenz Wolfers und Fürsprecherin Marianne Weber im Job-sharing.

1.1.2.3 Sekretariat der Justizkommission (JUKO)

Die JUKO und ihr Sekretariat bereiteten im Berichtsjahr mehrere Wahlgeschäfte – u.a. drei Gesamterneuerungswahlen – vor. Es ging um die Besetzung von Stellen am Ober-, am Verwaltungsgericht, an den Jugendgerichten, am kantonalen Untersuchungsrichteramt, der Steuerrekurskommission sowie der Rekurskommission für Massnahmen gegenüber Fahrzeugführern. Mit Ausnahme der Gesamterneuerungswahl der Rekurskommission hat der erweiterte Ausschuss IV der JUKO mit den Bewerberinnen und Bewerbern für die frei werdenden Stellen Bewerbungsgespräche geführt.

Auch in diesem Berichtsjahr waren die Kontakte zwischen der JUKO und dem Obergericht sehr intensiv. Im Laufe ihrer Abklärungen über die Kontroversen im Besonderen Untersuchungsrichteramt tauchten Fragen zum Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden im Fall Krüger auf. Die JUKO erachtete es als ihre Pflicht zu untersuchen, ob die Strafverfolgungsbehörden in Fällen von Verdacht auf schwere Wirtschaftskriminalität – illustriert am Fall Krüger – sachgerecht vorgegangen seien. Es interessierte sie die Frage, ob sich anhand dieses exemplarischen Falles strukturelle Mängel zeigen würden. Über das Ergebnis ihrer Untersuchungen hat die JUKO dem Grossen Rat Bericht erstattet. An drei Sitzungen beriet die JUKO die Anträge des Regierungsrates bezüglich Einbürgerungen und Straferlasse vor. Wie gewohnt behandelte die JUKO die Geschäftsberichte der Gerichtsbehörden und führte zu dem Zweck Aufsichtsbesuche bei den Gerichtsbehörden und beim Generalprokurator durch. Ferner fand für die Mitglieder der JUKO eine Informationsveranstaltung der Bodenverbesserungskommission statt. Auch 1997 beriet die JUKO anstelle besonderer Kommissionen mehrere Erlasse vor. Im übrigen erfüllte die Kommission die ihr durch das Grossratsgesetz zugewiesenen Aufgaben. Sie behandelte u.a. 22 Petitionen und Eingaben, die sie zum Teil nach

Artikel 57 Absatz 4 GRG direkt erledigt oder an den Grossen Rat weitergeleitet hat. Am 3. Juni 1997 fand sich die JUKO zu einer Klausursitzung auf der Moosegg zusammen, an der die Erfahrungen der vergangenen drei Jahre Kommissionstätigkeit überdacht und Neuerungen diskutiert wurden.

Die Vor- und Nachbereitung sowie die Begleitung der Sitzungen der Kommission und der Ausschüsse konnten weitestgehend durch das Sekretariat sichergestellt werden.

1.1.3 **Beratung, Unterstützung, Information und Dokumentation**

1.1.3.1 *Beratung/Unterstützung*

Rechtsberatung

Das Ratssekretariat erledigte 38 Beratungsaufträge für einzelne Ratsmitglieder. Die Dienstleistungen betrafen Rechtsauskünfte, Verfahrensberatung, Stellungnahmen sowie Vorstoss- und Antragformulierung usw.

Abstimmungserläuterungen

Das Ratssekretariat bereitete in Zusammenarbeit mit der STA und den Direktionen die Abstimmungserläuterungen zu sechs Abstimmungsgegenständen vor. Bei zwei Vorlagen war zusätzlich die Vorbereitung von Berichtigungen an die Stimmberechtigten nötig, weil die jeweiligen Botschaften Fehler enthielten. Neue Volksrechte wie der Volksvorschlag, die Öffentlichkeit der Büro-Sitzung, die politische Umstrittenheit der Vorlagen und das sich verändernde Informationsverhalten der Stimmberechtigten stellen erhöhte Anforderungen an die Macherinnen und Macher der Erläuterungen. Das 16jährige Konzept der Botschaften des Grossen Rates soll nach einem Beschluss des Büros einer Überprüfung und Verbesserung unterzogen werden. Die Vorarbeiten sind Ende des Berichtsjahrs an die Hand genommen worden.

Vorstossantworten

Das Ratssekretariat bereitete acht Vorstossantworten zu Vorstössen in ratseigener Sache für das Büro des Grossen Rates vor: M 251/96 Seiler, M 053/97 Widmer, M 060/97 Hofer, M 070/97 Dätwyler, M 071/97 Hofer, P 113/97 Voiblet, M 130/97 Pauli und M 142/97 Kiener Nellen. Als besonders anspruchsvoll erwiesen sich die Vorarbeiten für die Antwort zur Motion Kiener Nellen. Erstmals wurde eine Vorstossantwort des Büros dem Regierungsrat zur Stellungnahme unterbreitet.

GRIS

Das Ratssekretariat unterstützte im Berichtsjahr die Arbeiten der Projektorganisation am Projekt «Grossratsinformationssystem (GRIS)». Es trug dazu bei, dass der Grosse Rat in der März-Session 1997 aufgrund eines Zwischenberichts über die Weiterführung der Projektarbeiten beschliessen konnte. Die zweite Jahreshälfte 1997 stand ganz im Zeichen der Arbeiten der Projektorganisation am Realisierungskonzept.

Übergreifende Projekte

Das Ratssekretariat beteiligte sich an den Arbeiten der Staatskanzlei für die amtsübergreifenden Projekte Parlamentseffizienz und Neue Finanzaufsicht.

1.1.3.2. *Information/Dokumentation*

Im Dezember 1996 trat Maria Leban die Stelle im Amtsekretariat an. Aufgrund der Umstrukturierung im Ratssekretariat wird die Sekretariats- und die Information/Dokumentationsstelle nur noch von einer Mitarbeiterin geführt. Während den Sessionen wird zusätzlich eine Aushilfe eingesetzt.

Das Ratssekretariat erledigte rund 418 Aufträge. Im Vergleich zum letzten Berichtsjahr ergibt sich ein Auftragsrückgang von 27 Prozent. 222 aller Aufträge (53%) gingen in den Sessionen ein.

1.1.3.3 Organisation von Anlässen/Umfragen

Im Auftrag der Präsidentenkonferenz war das Ratssekretariat für die Organisation einer Weiterbildungsveranstaltung zum Thema «Neue Verwaltungsführung NEF 2000» verantwortlich.

Immer wieder finden Veranstaltungen von parlamentarischen Gruppen statt. Das Ratssekretariat übernimmt jeweils die Durchführung der Umfrage. Im Berichtsjahr gab es fünf Umfragen durchzuführen. Die Teilnahme der Ratsmitglieder entsprach nicht den zuvor eingegangenen Anmeldungen.

1.2 **Grossratsrevisorat**

Im Vordergrund stand wiederum die Prüfung der Staatsrechnung und die entsprechende Berichterstattung. Diese Tätigkeit erfolgt jeweils gestützt auf die Arbeit der Finanzkontrolle und wird ergänzt durch eigene Prüfungen in Bereichen, wo dies erforderlich er-

scheint. In Absprache mit der Finanzkontrolle wird dabei sichergestellt, dass sich keine Doppelspurigkeiten ergeben. Im Rahmen einiger Spezialabklärungen und der Behandlung des Finanzplans 1999 bis 2001 sowie des Voranschlags 1998 hat der Grossratsrevisor in der FIKO unterstützend und beratend mitgewirkt.

Einen immer grösseren Stellenwert für die Aufsichtsorgane erhalten die dem Kanton nahestehenden Institutionen. Oft geht der Kanton indirekt über die Staatsgarantie oder aber über ein anderes Abhängigkeitsverhältnis Verpflichtungen ein, die über eine konsolidierte Betrachtung zu beurteilen sind. Diese nahestehenden Institutionen können für den Staatshaushalt insgesamt grosse Auswirkung haben. Es ergibt sich daraus eine Ausdehnung der Kontroll- und Prüfungsaufgaben. Das gleiche gilt für die NEF-Versuchseinheiten. Da diese Einheiten weitgehende Autonomie besitzen, erhöht sich der Prüfaufwand. Das Prüfungsvorgehen und die Prüfetechniken müssen den neuen Verhältnissen angepasst werden. Eine grosse Bedeutung für die Aufsichtsorgane hat die vorgesehene Neuregelung der Finanzaufsicht.

Bern, Februar 1998

Der Ratssekretär: *Wissmann*

